

FWG-Fraktion

Insgesamt ein schlechter Deal

Warendorf (gl). Jetzt ist es amtlich: Der Rat hat sich am Donnerstag mit den Stimmen der CDU und FDP für die Abschaffung des städtischen Rechnungsprüfungsamtes entschieden. Die FWG, die Grünen und die SPD waren dagegen. Der Kreistag hatte bereits am 24. Juni zugestimmt. Aber wie kam es überhaupt dazu?

Bürgermeister Axel Linke präsentierte im Rahmen der Haushaltsverabschiedung eine Idee, die auf den ersten Blick sehr vernünftig klingt: Er wollte die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der Stadt an den Kreis Warendorf übertragen. „Interkommunale Zusammenarbeit“ heißt hier sein Zauberwort. Mit diesem Schritt soll viel Geld gespart werden. Weitere Synergie-

effekte werden durch eine Kompetenzbündelung erwartet. In der CDU und der FDP ist man begeistert von diesem Vorschlag. Aber ist diese Idee wirklich so gut?

Bei genauem Hinsehen kommen Zweifel. Ein RPA prüft Jahresabschlüsse. Aber nicht nur. Es hat darüber hinaus auch umfangreiche Beratungsaufgaben. Daher müssen die Prüfer den „Laden“ auch genau kennen, um Besonderheiten berücksichtigen zu können. Rechnungsprüfer des Kreises kennen jedoch „nur“ die Abläufe und Prozesse in der Kreisverwaltung, nicht bei der Stadt Warendorf. Auch gibt es Unterschiede bei der Anwendung bestimmter Prüfemata. Vielfältige Beratungserfordernisse innerhalb großer Bauprojekte be-

dingen hervorragende binnensorganisatorische Kenntnisse.

All dies will der Kreis Warendorf mit kalkulierten 1,7 Stellen bewältigen. Ein ambitioniertes Ziel. Es ist fast so, als wenn Deutschland heute gegen Italien mit acht Feldspielern anträte und sich dabei immer noch sicher wäre, dieses Spiel zu gewinnen.

Ein weiterer Haken: Mögliche zusätzliche Aufgaben sind in dem Vertrag nicht festgelegt und gedeckelt, sondern werden nach Aufwand berechnet. Hierdurch entsteht der Stadt ein hohes Kostenrisiko, der die erhofften Einsparungen schnell vernichten kann. Zusätzliche finanzielle Risiken sind bei mangelhafter Berücksichtigung der Beratungserfordernisse zu erwarten. Auf gut

**Warendorfer
Rathaus-Echo**
Unter dieser
aller fünf Rats-
len ortspoliti-
dem können a

Deutsch: Schlechte Beratung bei Projekten macht sie viel teurer.

Die Stadt verliert mit der Aufgabe des RPA auch ein wichtiges Steuerungsinstrument. Nicht zu vergessen sind aber auch die Menschen, die bisher im städtischen RPA gearbeitet haben: Welche Aufgaben übernehmen sie zukünftig? Dazu kommen notwendige Fortbildungsmaßnahmen der Mitarbeiter, die auch wieder Geld kosten. Insgesamt also ein schlechter Deal!

Bei der Recherche bin ich auf die Stadt Monheim gestoßen. Diese hatte 2011 die Aufgaben ihres RPA an den Kreis Mettmann übertragen – und macht es aus den oben genannten Gründen mittlerweile wieder selber.

André Wenning, FWG-Fraktion